

Beschluss:

Ratsfrau Bühse bringt für die CDU-Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag ein und begründet diesen. Der Ergänzungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 21. beigefügt.

Ratsherr Ruge bringt für die FDP-Ratsfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion bringt er einen zweiten Änderungsantrag ein, demzufolge Ziffer 1 der Vorlage abgeändert werden möge, weil bei einer Zustimmung zu dem ersten Änderungsantrag kein Beschluss der Satzung möglich sei.

Diese Änderungsanträge sind der Niederschrift als Anlage 2 zu TOP 21. beigefügt.

Ratsfrau Dannheiser bringt für die SPD-Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag ein und begründet diesen. Der Ergänzungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 3 zu TOP 21. beigefügt.

Ratsherr Schaarschmidt bringt einen Änderungsantrag ein, wie er im Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss beschlossen wurde. Danach ist "vor Beschlussfassung in der Ratversammlung den Stadtteilbeiräten die Möglichkeit der Vorstellung der Straßenbaubeitragsatzung einzuräumen".

Zudem beantragt Ratsherr Schaarschmidt die Überweisung der diversen Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Vorberatung in den Planungs- und Umweltausschuss sowie in den Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss.

Die diversen Anträge werden kontrovers diskutiert.

Einerseits wird appelliert, die Satzung zu beschließen, weil damit schon erhebliche Erleichterungen für die Anlieger bestimmter Straßen verbunden wären. Regelungen zum Verfahren und insbesondere zur Bürgerbeteiligung könnten dann zusätzlich zu Satzung erarbeitet werden.

Andererseits wird die Rechtslage in Schleswig-Holstein generell kritisiert und es wird appelliert, auf das Land einzuwirken, um die Anlieger von der Last der Straßenbaubeiträge zu befreien und derlei über Steuern zu finanzieren und so eine andere Art der Lastenverteilung zu bewirken.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht alle Punkte der diversen Änderungs- und Ergänzungsanträge rechtlich zulässig seien, so dass bei entsprechender Beschlussfassung Widerspruch einzulegen wäre.

Angesichts der diversen Änderungs- und Ergänzungsanträge bespricht sich Frau Stadtpräsidentin Schättiger kurz mit den Fraktionsvorsitzenden.

Es wird vereinbart, im Anschluss über den Überweisungsantrag des Ratsherrn Schaarschmidt abzustimmen.

Die Verwaltung möge vor einer Behandlung in den Fachausschüssen prüfen, welche Punkte der diversen Änderungs- und Ergänzungsanträge rechtlich bedenklich sind.

Dem Überweisungsantrag des Ratsherrn Schaarschmidt wird mit 26 Stimmen bei 14 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	14		

SPD			13
Die Grünen	5		
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griesse	1		
Ratsherr Mor			
Ratsherr Proch			1
gesamt:	26	-	14

Somit wird die Vorlage nebst allen Änderungs- und Ergänzungsanträgen zur Vorberatung in den Planungs- und Umweltausschuss sowie in den Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.